



**PRESSEMITTEILUNG**

Nr.177/GP

09.10.2017

**Bayerns Gesundheitsministerin Huml: Freistaat fördert Erweiterung am  
Bezirkskrankenhaus Augsburg mit über 13 Millionen Euro**

Die medizinische Versorgung von psychisch kranken Menschen im Freistaat wird weiter ausgebaut. **Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** betonte am Montag anlässlich der Einweihungsfeierlichkeiten zur baulichen Erweiterung des Bezirkskrankenhauses Augsburg: "Psychische Erkrankungen können die Lebensqualität ebenso sehr beeinträchtigen wie körperliche. Mein Ziel ist, überall in Bayern qualifizierte Behandlungsangebote für psychisch kranke Menschen zu schaffen. Das Bezirkskrankenhaus Augsburg leistet dazu einen erheblichen Beitrag. Durch seine bauliche Erweiterung wird es das größte psychiatrische Versorgungszentrum in Schwaben."

Die Ministerin unterstrich: "Der Freistaat fördert den Bau des neuen Pflege- und Therapiegebäudes, in dem unter anderem drei moderne Stationen untergebracht sein werden, mit 13,29 Millionen Euro. Durch die Erweiterung der Klinik um 66 zusätzliche Betten in den Fachbereichen Psychiatrie und Psychosomatische Medizin wird die stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen in Augsburg und Schwaben deutlich verbessert." Huml ergänzte: "Besonders möchte ich die neuen Einheiten zur Behandlung psychisch kranker Mütter mit ihren Kindern hervorheben. Diese Patientengruppe benötigt dringend Aufmerksamkeit!"

Seit 1990 hat der Freistaat gemeinsam mit den Kommunen über 1,2 Milliarden Euro für den Ausbau und die Modernisierung der psychiatrischen sowie kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken in Bayern investiert. Das Bezirkskrankenhaus Augsburg hat davon in diesem Zeitraum Förderleistungen von knapp 67 Millionen Euro erhalten. Auf bauliche Maßnahmen entfielen davon rund 55 Millionen Euro.

Huml fügte hinzu: "Wir müssen und werden die Modernisierung der psychiatrischen Versorgung auch künftig fortsetzen. Aktuell sind Maßnahmen mit einem Gesamtkostenvolumen von rund 356 Millionen Euro allein für den Ausbau der stationären psychiatrischen und kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgungsstrukturen zur Finanzierung eingeplant. Es geht dabei auch darum, die Angebote zwischen den leistungsfähigen psychiatrischen Kompetenzzentren und wohnortnahen Behandlungsangeboten entsprechend abzustimmen, um die bestmögliche Versorgung für die psychisch kranken Menschen in diesem Land sicherzustellen – flächendeckend und bedarfsgerecht."



Die Ministerin verwies darauf, dass im Rahmen des geplanten Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes als zentrale Neuerung flächendeckend in Bayern Krisendienste für Menschen in akuten psychischen Notlagen aufgebaut werden sollen. "Damit wollen wir auch Unterbringungen möglichst vermeiden. Zudem werden wir unter anderem die Rechte psychisch kranker Menschen stärken und die öffentlich-rechtliche Unterbringung neu regeln. Die Verbesserungen sollen möglichst schnell bei den Bürgern ankommen." Geplant ist, dass das neue Gesetz im Juli 2018 in Kraft tritt.